

oö Informiert

Nr. 3, 2019

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



Bereit für Österreich

Koalition für unsere Heimat fortsetzen.

 Norbert Hofer

 Susanne Fürst

 Herbert Kickl

Nationalratswahl:

**Norbert Hofer
im Gespräch**

Seite 2-3

Spitzenkandidatin:

**Dr. Susanne Fürst
für Oberösterreich**

Seite 5

Coronati-Preis:

**Manfred Haimbuchner
wurde geehrt**

Seite 13

Interview:

„Wir wollen den Reformkurs fortsetzen!“

Der FPÖ-Spitzenkandidat für die kommende Nationalratswahl, Ing. Norbert Hofer, spricht über das Wahlprogramm, das erzwungene Ende der Regierungskoalition, die Ziele der FPÖ und mögliche Szenarien nach der Wahl.

Das Ende der Regierungskoalition kam überraschend und bedeutete auch das Ende einer erfolgreichen politischen Arbeit. Wie haben Sie die letzten Monate das innenpolitische Geschehen erlebt?

Norbert Hofer: Ich habe in meinem Leben ja schon einige schwierige Situationen erlebt. Im privaten Bereich mit meinem Unfall, im politischen Bereich alle Hochs und Tiefs der FPÖ und den Bundespräsidentenwahlkampf. Mein Einsatz kommt offenbar immer, wenn es heißt, Kastanien aus dem Feuer holen. Das Infrastruktur-Ministerium habe ich sehr, sehr gerne geführt. Die großen Brocken wären jetzt gekommen: die Nahverkehrsmilliarde, das autonome Fliegen, die geplante Senkung des Preises für die Autobahn-Jahresvignette. Es tut mir deshalb irrsinnig leid, dass sich die Dinge so entwickelt haben.

Natürlich ist der Schaden groß, das ist gar keine Frage. Aber wichtig ist, dass man, wenn so etwas passiert, die richtigen Entscheidungen trifft. Wir haben dann sehr schnell die Weichen gestellt. Zuerst der Versuch, die Regierung weiterzuführen. Das war eigentlich auch die Zusage, wenn Strache zurücktritt. Es kam dann die weitere Forderung, dass auch das Innenministerium abgegeben werden muss. Dem konnten wir nicht nachkommen.

Bezüglich der Leistung von Herbert Kickl als Innenminister kamen vor allem von der ÖVP kritische Töne. Was sagen Sie zu der Bedingung der ÖVP, dass Herbert Kickl bei einer eventuellen neuen Regierungsbeteiligung kein Ministeramt mehr bekleiden dürfe?

Norbert Hofer: Herbert Kickl ist einer, der

in seiner Funktion das umgesetzt hat, was sich die ÖVP jetzt an die Fahnen heftet. Es ist aber auch normal, dass man sich in der jetzigen Situation alle Optionen offenhält. Daher ist der Schritt der ÖVP, bereits vor der Wahl personelle Bedingungen zu stellen, aus meiner Sicht sehr unklug und eher eine Art Wahlkampfstrategie. Es ist im Wahlkampf bisher nicht alles so gelaufen, wie man es sich bei der ÖVP gedacht hat, und daher macht man eben ein anderes Thema auf. Zuerst ist einmal der Wähler am Wort, dann erst gibt es die Entscheidungen, welche Koalitionsgespräche geführt werden.



Welche Ziele haben Sie sich persönlich für die Nationalratswahl gesetzt?

Norbert Hofer: Das Wahlziel der Freiheitlichen ist es, weit über die 20 Prozent zu kommen. Wir wollen eine Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Volkspartei. Wenn sich diese Option nicht ergibt, dann gehen wir in Opposition. Eine Regierungsbeteiligung halte ich aber nur für möglich, wenn die

FPÖ die 20-Prozent-Marke überschreitet. Wenn wir nicht stark genug sind, dann kommt Schwarz-Grün.

Eine Zusammenarbeit mit der SPÖ halte ich hingegen nicht für möglich. Das würden auch die Wähler mehrheitlich nicht wollen. Mein erklärtes Wahlziel ist daher ganz klar, die sehr, sehr beliebte Koalition ÖVP-FPÖ auf Bundesebene fortzusetzen, weil ich davon überzeugt bin, dass das die beste Variante für Österreich ist.

Welches werden die Kernthemen im kommenden Wahlkampf für die FPÖ sein?

Norbert Hofer: Ganz vorne auf der Agenda stehen die Migrations- und Sicherheitspolitik, aber auch die Direkte Demokratie, die Aufwertung des Bundesheeres und der Schutz unserer Umwelt. Herbert Kickl hat als freiheitlicher Innenminister für eine Aufstockung der Polizei, für ein strengeres Asyl- und Fremdenrecht, für einen wirksamen Schutz unserer Grenzen und für einen Opfer- statt Täterschutz gesorgt. Das muss auch in Zukunft sichergestellt sein.

Die europäischen Eliten wollen eine Zwangsassylquote einführen. Wir sind gegen Asylbetrug, unverantwortliche Massenzuwanderung und naive Willkommenspolitik. Darüber hinaus tritt die FPÖ einer weiteren Islamisierung entgegen und will dem politischen Islam keinen Raum mehr geben. Der Schutz heimischer Ressourcen und unserer Umwelt ist eine Herzensangelegenheit und keine ideologische Frage. Wir wollen daher den öffentlichen Verkehr weiter forcieren, heimische Energiequellen nutzen und unsere Trinkwasserreserven für die Zukunft sichern.

A profile photograph of Ing. Norbert Hofer, looking out a window. He is wearing a dark blue suit jacket, a white shirt, and a patterned tie. A red pocket square is visible in his jacket. The background shows a window with light-colored curtains and a wooden wall.

”

Die europäischen Eliten wollen eine Zwang asylquote einführen. Wir sind gegen Asylbetrug, unverantwortliche Massenzuwanderung und naive Willkommenspolitik. Darüber hinaus tritt die FPÖ einer weiteren Islamisierung entgegen und will dem politischen Islam keinen Raum mehr geben.“

Ing. Norbert Hofer
Bundesparteiobmann



Wasser ist ein lebenswichtiges und schützenswertes Gut.

Öffentliche Trinkwasserversorgung im Zentralraum nicht gefährdet

Die öffentliche Wasserversorgung im Zentralraum Oberösterreichs wird vorrangig durch Gemeinden, Wasserverbände und Großversorger sichergestellt. Die für die Trinkwasserversorgung errichteten Brunnen der einzelnen Wasserversorger im Zentralraum Oberösterreichs befinden sich zum Großteil in den durchaus ergiebigen Porengrundwasservorkommen - wie etwa dem Eferdinger Becken, der Welser Heide oder dem Urfahrner Becken - entlang der großen Flüsse, wie z.B. der Donau oder der Traun.

Diese Grundwasserkörper weisen in weiten Bereichen eine Grundwassermächtigkeit (Grundwasserstand vom Stauer bis zur Grundwasseroberfläche) von mehreren Metern bis über zehn Meter auf.

„In der Regel sind die Standorte der Brunnen für die öffentliche Wasserversorgung so situiert, dass möglichst große Grundwassermächtigkeiten erschlossen werden und gute Ergiebigkeiten vorhanden sind“, erklärt Wasser-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger.

In den bereits erwähnten Grundwasserkörpern bewegt sich die jährliche Grundwasserschwankungsbreite in einem Bereich von ein bis zwei Metern. Auch bei niedrigen oder sehr niedrigen Grundwasserständen sind daher in den angeführten Grundwasservorkommen mehrere Meter

mächtige Grundwassermächtigkeiten vorhanden. Im vergangenen Jahr wurden laut Aufzeichnungen des Hydrographischen Dienstes die niedrigsten Grundwasserstände im Zentralraum gemessen.

„Eine im Dezember 2018 vom Land Oberösterreich durchgeführte Umfrage bei allen öffentlichen Wasserversorgern in Oberösterreich zu Thema Trockenheit 2018 ergab, dass nur 3 % aller öffentlicher Wasserversorger in OÖ eine Notversorgung aufbauen mussten“, so Klinger.

Diese Wasserversorger befanden sich vorrangig in hydrogeologisch sensiblen Gebieten wie dem Mühlviertel (Kristallin der böhmischen Masse)

oder dem Alpenvorland (Flyschzone).

„Aus fachlicher Sicht sind derzeit und in absehbarer Zukunft keine negativen Auswirkungen auf die öffentliche Trinkwasserversorgung im Zentralraum zu erwarten“, weiß Landesrat Klinger die Sorgen um die Trinkwasserversorgung zu entkräften.

■ Bodenversiegelung lässt Wasser nicht mehr einsickern

Abgesehen von Trockenperioden bzw. Wochen mit wenig Niederschlag trägt auch die Bodenversiegelung dazu bei, dass die Niederschläge nicht in die Grundwasserkörper versickern können.

„Durch die zunehmende Bodenversiegelung fließt das Wasser oftmals über die Kanalisation ab und kann somit nicht von den Böden aufgenommen werden. Natürlich kann auch das bis zu einem gewissen Bereich auf die Grundwasserspiegel Einfluss nehmen. Zukünftig sollten wir uns auch darüber Gedanken machen“, so Landesrat Klinger.



LR Ing. Wolfgang Klinger

Dr. Susanne Fürst ist Landes-Spitzenkandidatin bei der Nationalratswahl

„Wir sind gut aufgestellt, unsere Kandidatenliste spiegelt die Breite der Gesellschaft wider. Unter den ersten 15 Listenplätzen kandidieren acht Frauen“, so FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.

Die FPÖ OÖ geht mit der Juristin Dr. Susanne Fürst (50) in die Nationalratswahl. Als Ziel nennt FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner „dass wir weiterhin als starke Mannschaft aus OÖ im Parlament in Wien die Geschicke im Sinne unseres Bundeslandes mitgestalten. Die FPÖ leistete in der ablaufenden Legislaturperiode ausgezeichnete Arbeit und die Menschen waren mit unserer Politik zufrieden.“

Dr. Susanne Fürst zog 2017 für die FPÖ über die Bundesliste in den Nationalrat. „Ich danke dem Landespartei Vorstand für sein Vertrauen. Es macht mich sehr stolz, als Spitzenkandidatin zur Nationalratswahl antreten zu dürfen. Gemeinsam mit den anderen Kandidaten will ich möglichst viele Menschen von unseren Inhalten zum Wohle Öster-



OÖ Spitzenkandidatin Dr. Susanne Fürst

reichs überzeugen“, hebt Fürst hervor, dass die FPÖ auch in Zukunft ein wich-

tiger Faktor in der heimischen Innenpolitik sein müsse.

Missstand bei der Wohnungslosenhilfe

Bei der Auszahlung der Mindestsicherung für Obdachlose durch Sozialvereine, der sogenannten Wohnungslosenhilfe, gibt es Ungereimtheiten.

Unter anderem soll der Linzer Verein B37 die Wohnungslosenhilfe ohne bescheidmäßige Leistungsfeststellung ausbezahlt haben. Und das seit 25 Jahren. Mittlerweile sind die Staatsanwaltschaft und der Landesrechnungshof eingeschaltet. Zuständig für diesen Bereich ist das SPÖ-geführte Sozialressort des Landes. Die FPÖ fordert lückenlose Aufklärung und stellte dafür bereits eine umfassende schriftliche Anfrage an Sozial-Landesrätin Gerstorfer.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Zwischen 400.000 bis 500.000 Euro zahlte der Sozialverein B37 jedes Jahr an Obdachlose aus, ohne dass die Leistungen durch die Behörde mit

Bescheid genehmigt wurden. Erste Überprüfungen haben ergeben, dass betroffene Obdachlose sowohl zu viel als auch zu wenig Wohnungslosenhilfe bekommen haben.

„Im Umgang mit Steuergeld braucht es immer gewisse Kontrollmechanismen. Es kann nicht sein, dass ein Sozialverein in einem solch sensiblen Bereich völlig unkontrolliert agiert“, ist Klubobmann Mahr überzeugt. „Klar ist natürlich: Wer Hilfe braucht, soll sie rasch und unbürokratisch bekommen. Im Hintergrund muss aber die zuständige Behörde dennoch prüfen, ob die Leistung auch tatsächlich rechtmäßig war.“

„Ohne uns geht

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner:
„Nur mit der FPÖ waren all die
positiven Veränderungen in
der Regierungszeit
überhaupt möglich!“

Ein starkes Team für Österreich:
gf. Klubobmann **Herbert Kickl**
und Bundesparteiobmann
Ing. **Norbert Hofer**



überhaupt nichts weiter!"

Die FPÖ beging vor 5.000 Zuhörern in der PlusCity den **Wahlkampfauftakt**

Die FPÖ hat am 7. September ihren Wahlkampfauftakt in Pasching absolviert. Auf dem „Palmenplatz“ in der PlusCity wollten 5.000 Menschen die beiden Spitzenkandidaten Norbert Hofer und Herbert Kickl sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner als Gastgeber sehen und hören. Alle drei Redner warben vor begeistertem Publikum für eine Fortsetzung des rot-weiß-roten Regierungskurses. Gleichzeitig warnten sie davor, was drohe, wenn Schwarz-Grün oder andere Koalitionsvarianten ohne Beteiligung der FPÖ kommen sollten.

Manfred Haimbuchner fand in seiner Rede lobende Worte für Norbert Hofer und Herbert Kickl. Die fehlende Handschlagqualität der ÖVP und das damit verbundene Ende der positiven Arbeit der Regierung bedachte der Chef der FPÖ Oberösterreich mit deutlicher Kritik. Und Haimbuchner mahnte: „Nur mit der FPÖ waren all die positiven Veränderungen in der Regierungszeit überhaupt möglich! Wenn zwei immer einer Meinung sind, ist einer überflüssig – wir sind jedenfalls nicht überflüssig, denn ohne uns geht überhaupt nichts weiter!“

„Staatsfeind Nummer eins“

Der geschäftsführende Klubobmann Herbert Kickl fand im Anschluss deutliche Worte gegen die Linken: „Ich schnappe zu, wenn man mir den Beißkorb der politischen Correctness umhängen will! Und das tut weh!“ Kritik übte er zudem an seiner Entlassung als Innenminister durch Sebastian Kurz und Alexander Van der Bellen. Die Diffamierung als Hassprediger nehme er als Kompliment an und trage es wie einen Orden. „Ich bin ein Staats-

feind Nummer eins für jene, die es nicht gut meinen mit der Sicherheit in diesem Lande. Es gibt welche, die für die Heimat eintreten – und welche, die auf die Heimat eintreten!“ Und er stellte klar: „Ich bin nicht der Böse! Ich bin nur zu den Bösen böse!“

„Ohne uns driftet die ÖVP nach links ab!“

Der designierte FPÖ-Bundesparteiohmann und Spitzenkandidat Norbert Hofer zählte in seiner Rede zahlreiche Erfolge auf, die einzig durch die FPÖ in der Regierung möglich wurden. Dabei nannte er etwa die erhöhte Mindestpension, den „Familienbonus Plus“ oder das Kopftuchverbot. Viele dieser Punkte seien mit der ÖVP schwer zu verhandeln gewesen, aber Hofer bemerkte: „Wir waren und sind das soziale Gewissen in der Regierung.“ Neben einer Warnung vor Schwarz-Grün machte Hofer auch klar, dass eine ordentliche Finanzierung des Bundesheeres für ihn eine Koalitionsbedingung darstelle und er sich zudem für ein Gesetz gegen den politischen Islam einsetzen werde. Hofer betonte: „Der Islam ist kein Teil unserer Kultur und kein Teil unserer Geschichte und wird es auch niemals sein!“ In Richtung ÖVP meinte Hofer abschließend: „Wir bitten nicht um eine Regierung, wir können Opposition sehr gut! Wir bieten ihr die Regierung mit uns an, um diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen!“

Landesrat Mag. Günther Steinkellner, Plus City Chef Ernst Kirchmayr, Klubobmann Ing. Herwig Mahr sowie Landesrat Ing. Wolfgang Klinger (v.li.)



▲ Im Gespräch: Herbert Kickl und LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



Oberösterreichs Spitzenkandidatin zur Nationalratswahl Dr. Susanne Fürst



Foto: Land OÖ/Kraml

Kostenlose Sicherheitswesten für alle Schulanfänger in OÖ

Eine Kampagne des Landes OÖ für mehr Sicherheit am Schulweg

Plötzlich auftauchende dunkel gekleidete Fußgänger, Radfahrer oder Kinder – jeder Autofahrer weiß, wie schwer in der Dämmerung oder gegen Abend Personen mit dunkler Kleidung auszumachen sind. Das Risiko, als Fußgänger, Jogger, Nordic-Walker oder Radfahrer bei Dunkelheit in einen Unfall verwickelt zu werden, ist dreimal höher als am Tag.

Kinder besonders gefährdet

Der Schulweg ist oft der erste Weg, den Kinder alleine im Straßenverkehr zurücklegen. Leider verunfallen noch immer zu viele Kinder auf diesem Weg. Kinder schätzen Situationen im Straßenverkehr oftmals falsch ein, sind unaufmerksam, abgelenkt oder laufen beim Spielen einfach auf die Straße. „Sobald ich das Auto sehe, sieht mich der Autofahrer auch“ lautet oft die gefährliche Fehleinschätzung. Viele Unfälle könnten vermieden werden, wenn die Kinder für die Autofahrer besser sichtbar wären. Dunkel gekleidet sind

sie erst aus rund 30 Metern erkennbar und dann könnte es zu spät sein, einen Unfall zu verhindern. Mit einer Sicherheitsweste erhöht sich die Sichtbarkeit auf gut 150 Meter!

Verteilung durch die Polizei

Dem Land OÖ ist Unfallverhütung ein wichtiges Anliegen und es stellt daher gemeinsam mit der AUVA, der Wiener Städtischen und der HYPO OÖ allen oberösterreichischen Schulanfängern Kinderwarnwesten kostenlos zur Ver-

fügung. Sie dienen der Sicherheit der Kinder sowohl auf den Schulwegen als auch bei den Schulausgängen. Rechtzeitig gesehen zu werden, ist aber auch bei Freizeitaktivitäten entscheidend. Ob Fußballspielen, Ski- oder Radfahren, die Westen sind der ideale Begleiter für mehr Sicherheit und sollten auch in der Freizeit nicht fehlen. Die Verteilung dieser gratis Kinderwarnwesten erfolgt durch die Polizei in den ersten Schulwochen im Zuge der Verkehrserziehungstage in den Volksschulen.



Mit einer Sicherheitsweste erhöht sich die Sichtbarkeit auf gut 150 Meter!



Bettlerbanden geht es an den Kragen

Die Anzahl osteuropäischer Bettlerbanden steigt stetig. Allein in der Landeshauptstadt Linz wurden heuer bis Ende August deutlich mehr illegale Bettlerlager aufgefunden als im gesamten Vorjahr.

Bettlerbanden finden immer neue Wege, ihren Machenschaften nachzugehen. Unter anderem werden auf öffentlichen Plätzen abgestellte Autos als mobile Bettlerlager genutzt. Hier sind den Behörden in Oberösterreich aber wegen fehlender rechtlicher Bestimmungen die Hände gebunden. Die FPÖ will das ändern.

In Oberösterreich ist das Campieren in PKWs auf öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich nicht verboten. Das machen sich Bettlerbanden zu Nutze. Ganze Familien leben in Autos zusammengepfercht auf engstem Raum. Die „mobilen Bettlerlager“ werden dabei großteils gut getarnt mit österreichischem Kennzeichen und verdunkelten Scheiben auf öffentlichen Flächen abgestellt. Das führt in unmittelbarer Umgebung zu größeren Müllablagerungen und somit zu zunehmender Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Aus Sicht der FPÖ braucht es daher eine

Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen. Orientieren will man sich dabei an bestehenden Regelungen anderer Bundesländer. Tirol und Wien haben ein grundsätzliches Verbot und können Ausnahmen festlegen. In Salzburg und Vorarlberg besteht für Gemeinden die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen ein Campierverbot zu erlassen. „Klar ist, dass wir für Oberösterreich eine Lösung mit Hausverstand wollen. Den Behörden soll das Vorgehen gegen illegale Bettelei erleichtert und die Sicherheit dadurch erhöht werden. Selbstverständlich muss unterschieden werden, ob es sich um gewöhnliche Camper handelt oder um unerwünschte Bettlerlager“, ist Klubobmann Herwig Mahr wichtig, dass auch touristische Begleitbestimmungen berücksichtigt werden.

In den kommenden Monaten werden dazu intensive Beratungen geführt, damit die Neuregelung im Frühjahr 2020 in Kraft treten kann.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr (li.) mit dem Linzer Stadtrat Dr. Michael Raml.



Ärztemangel nimmt besonders am Land zu.

Ärztemangel trotz höchster Ärztedichte?

Österreich hat im internationalen Vergleich mit 5,15 Ärzten pro 1.000 Einwohner eine sehr hohe Ärztedichte. Allerdings ist ein immer größer werdender Anteil nur noch in den Spitälern oder als Wahlarzt tätig.

Niedergelassene „Kassenärzte“, die besonders für die Versorgung der ländlichen Regionen sowie zur Entlastung der Spitäler notwendig wären, gibt es im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung immer weniger. Arbeitsbedingungen, Behandlungsspielraum und Honorarordnung wurden für die meisten Kassenärzte in den letzten Jahren immer unattraktiver.

Dazu machte der NAbg. Mag. Gerhard Kaniak jüngst einige Vorschläge, um diese Situation zu verbessern, wie etwa eine Anpassung des Strukturplans Gesundheit, eine Aufwertung der Allgemeinmedizin, eine bundesweite Anpassung der Honorare oder ein Stipendienmodell für Jungärzte.



„ Ich spreche mich klar für eine Fortsetzung der ÖVP-FPÖ-Regierung sowohl im Bund als auch im Land aus. Es gilt, die bisher umgesetzten Reformen weiter zu verfolgen und den erfolgreichen Kurs der vergangenen Regierung fortzusetzen.

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Interview:

„Man kann nur in Regierungsverantwortung etwas zum Besseren verändern.“

Herr Haimbuchner, wie sehen Sie die Ausgangslage für die bevorstehende Nationalratswahl? Ist die FPÖ gut aufgestellt?

Manfred Haimbuchner: Die Ausgangslage ist gut. Die Themen, die die Menschen bewegen, haben sich seit 2017 nicht verändert. Auch die Stimmung in der Partei ist sehr gut und der von den Medien immer wieder gerne herbeigeschriebene Spaltpilz ist reines Wunschdenken. Mit Norbert Hofer und Herbert Kickl haben wir eine ausgezeichnete Führungsspitze, die unter den Funktionären und den Bürgern eine hohe Zustimmung erfährt.

Anfang Juli präsentierte die FPÖ Oberösterreich ihre Landesliste für die anstehende Nationalratswahl. Wie denken Sie über diese Liste?

Manfred Haimbuchner: Mit dieser Liste bilden wir die Breite unserer Gesellschaft ab. Es finden sich Personen mit den unterschiedlichsten Berufen aus allen Regionen Oberösterreichs auf der Liste. Besonders erwähnen möchte ich, dass mehr als die Hälfte der ersten 15 Kandidaten auf der Landesliste weiblich ist. Das freut mich und zeigt, dass sich in der FPÖ ganz viele starke Frauen engagieren. Unsere Kandidaten und ich sowie die gesamte FPÖ Oberösterreich werden im anstehenden Wahlkampf die Bundespartei mit voller Kraft unterstützen.

Als Landesspitzenkandidatin geht Dr. Susanne Fürst ins Rennen. Wie kam es dazu?

Manfred Haimbuchner: Dr. Fürst vertritt die FPÖ seit 2017 im Nationalrat. Die

FPÖ leistete in der ablaufenden Legislaturperiode ausgezeichnete Arbeit und die Menschen waren mit unserer Politik zufrieden. Susanne Fürst ist ein wichtiger Bestandteil unserer erfolgreichen Mannschaft, gestaltet im Parlament sehr gut mit und daher ist es nur logisch, dass sie an führender Stelle erneut kandidiert. Ich freue mich, dass sich immer mehr Menschen aus der Privatwirtschaft für die FPÖ entscheiden und aktiv unser Land mitgestalten.

„Die FPÖ muss ein bestimmender Faktor in der Bundespolitik bleiben.“

Manfred Haimbuchner, Landeshauptmann-Stv.

Mit welchen Themen wird die FPÖ in den Wahlkampf gehen?

Manfred Haimbuchner: Thematisch wird die FPÖ ihren erfolgreichen Weg fortsetzen. Seit Jahren sind wir die treibende Kraft in der Politik und geben den Mitbewerbern die Themen vor. Nicht nur im Bereich der Migration, Integration und Sicherheit, sondern auch im Umweltthema sind wir thematisch gut aufgestellt. Für die FPÖ steht der Umweltschutz seit jeher im Mittelpunkt ihres politischen Handelns: Denn wer auf die Natur achtet, achtet auf seine, unsere Heimat.

Welches Ziel haben Sie persönlich für die Nationalratswahl?

Manfred Haimbuchner: Die FPÖ muss ein bestimmender Faktor in der Bundespolitik bleiben. Nicht um unser selbst willen, sondern weil es für unser schönes Österreich notwendig ist. In den vergangenen eineinhalb Jahren bewies die FPÖ ihre Regierungsfähigkeit. Wichtige und richtige Projekte wie beispielsweise der

Familienbonus Plus, eine strengere Asylpolitik, die Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger oder die größte Pensionserhöhung seit Langem zeigen, dass die Regierung am richtigen Weg war. Je stärker die FPÖ bei der Wahl abschneidet, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie in der nächsten Regierung vertreten ist. Daher wünsche ich mir ein Ergebnis über 20 Prozent und gehe auch davon aus, dass wir das mit einem kurzen, fairen und intensiven Wahlkampf erreichen.

Soll die FPÖ in der nächsten Bundesregierung vertreten sein und wenn ja, wie würden die Schwerpunkte freierheitlicher Regierungspolitik aussehen?

Manfred Haimbuchner: Selbstverständlich. Wer sich politisch engagiert, muss auch den Anspruch haben maßgeblich mitzugestalten. Man kann nur in Regierungsverantwortung unser Österreich zum Besseren verändern. Für mich wäre die Fortsetzung des vergangenen Regierungsprogramms der ideale Weg. Wichtige Projekte wie die milliardenschwere Steuerreform, die unseren Mittelstand spürbar entlasten würde und die Fortsetzung einer restriktiven Migrationspolitik sollten im Sinne der Bürger dieses Landes umgehend angegangen werden.

Haben Sie zum Ende noch eine Botschaft für unsere Leser?

Manfred Haimbuchner: Sehr gerne. Ich bitte alle Leser am Sonntag, den 29. September 2019 zur Wahl zu gehen und ihre Stimme der FPÖ zu geben. Die bevorstehende Nationalratswahl ist eine Richtungswahl. Die ÖVP liebäugelt mit einer Koalition mit den Grünen und/oder den NEOS. Dieses Szenario lässt sich nur mit einer starken FPÖ verhindern.



LH-Stv. Dr. Haimbuchner und LR Mag. Steinkellner:
Nach langen Verhandlungen wurde Investitionspaket über 600 Mio Euro geschmürt.

Infrastrukturoffensive für Oberösterreich

Nach jahrelangen Verhandlungen hat das freiheitlich geführte Infrastrukturressort das bis dato größte Schienen-Investitionspaket in der OÖ-Geschichte ausverhandelt. So wird ein Investitionspaket von über 600 Mio. Euro in die Tat umgesetzt. „Mit der Infrastrukturoffensive Oberösterreich wird eine umfassende und nachhaltige Lösung für die OÖ Regionalbahnen umgesetzt“, freut sich LR Günther Steinkellner.

Die Kernpunkte dieser Infrastrukturoffensive sind:

- Erhalt und Attraktivierung aller Nebenbahnstrecken
- Elektrifizierung von Bahnstrecken
- Moderne Bahnhöfe und Haltestellen in Oberösterreich
- Sicherheit bei Eisenbahnkreuzungen

Als wichtigster Schritt ist festzuhalten, dass alle Nebenbahnstrecken erhalten und darüber hinaus attraktiviert werden. Noch vor einigen Monaten gab es starke Strömungen, weniger frequentierte Bahntrassen einstellen zu wollen. Mit einem starken Bundesminister a.D. Norbert Hofer und einer freiheitlichen Infrastrukturpolitik in OÖ konnte dies glücklicherweise verhindert werden. Ebenfalls werden Bahnstrecken durch die Modernisierung von 86 Bahnhöfen und Stationen aufgewertet. Weiters werden fünf Streckenabschnitte umweltfreundlich elektrifiziert. Auf dieser Grundlage kämpfen wir auch für die Umsetzung

weiterer attraktiver Infrastrukturprojekte, wie der durchgebundenen Mühlkreisbahn zum Hauptbahnhof, der Stadtbahn Richtung Gallneukirchen-Pregarten, der LILLO-Verlängerung in Richtung Aschach an der Donau und der Erweiterung der Straßenbahn nach Anselden-Kremsdorf. „Hierfür ist die geplante Nahverkehrsmilliarde unabdingbar“, so Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner.

„Das Paket zur Modernisierung der OÖ Bahninfrastruktur ist ein zukunftssträchtiger Schritt für unser Bundesland, für den Standort und seine Menschen, die neben der Straße auch die notwendigen Investitionen in die Schiene und damit in eine Modernisierung und Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs bringt.“

Der von Industrie geprägte Zentralraum erfährt ebenso eine Aufwertung, wie der ländliche Raum. Mit dem Erhalt der Regionalbahnen wiederum wird ein ganz starkes Zeichen gesetzt, dass die Politik auf die Besonderheiten und die charakteristischen Eigenheiten der Regionen eingeht und diese ernst nimmt. Und ich möchte dazu betonen: Das vorliegende Paket ist eine konkrete Maßnahme, ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz“, unterstreicht LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Dank FPÖ in der Landesregierung: Freie Fahrt für den öffentlichen Verkehr in Oberösterreich.



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erhält den Coronati-Preis für besonderes Engagement

Freiheitliche Wohnbaupolitik mit Handschlagqualität und Fairness wurde ausgezeichnet.

Im Rahmen des sechsten Grand Prix Coronati wurden vier Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft für ihre besonderen Verdienste um die heimische Bauwirtschaft ausgezeichnet. Einer davon ist Wohnbaureferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Der Coronati – der große Fairness-Preis des österreichischen Baugewerbes – wurde am 20. Mai 2019 im Rahmen einer feierlichen Gala in Pörschach vergeben. Während bei früheren Preisverleihungen die Coronati-Auszeichnungen auf besondere Bau- und Planungsleistungen von Baubetrieben ausgerichtet waren, lag in diesem Jahr der Fokus auf besonderen Verdiensten herausragender Persönlichkeiten um die heimische Bauwirtschaft. Benannt ist der Preis nach den „quatuor coronati“, den vier Schutzpatronen der historischen Bauhütten und Steinmetze.

■ Kategorie Fairer Wettbewerb: Dr. Manfred Haimbuchner

Als Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich sowie zuständiges Regierungsmitglied für die Bereiche Wohnbau und Baurecht gilt Dr. Manfred Haimbuchner als langjähriger wichtiger Partner des Baugewerbes. Mit der Installation eines Wirtschaftlichkeitsbeirats sowie der Erstellung eines Katalogs rund um die Standard-Ausstattung gemeinnütziger Bauprojekte hat er klare und transparente Vorgaben sowohl für Bau-träger als auch Baufirmen geschaffen. Mit diesen Vorgaben werden die Wirtschaftlichkeit innerhalb der Branche gefördert und Wettbewerbsverzerrungen hintangehalten. Manfred Haimbuchner hat sich zudem für die Entrümpelung der baurechtlichen Vorschriften zur Eliminierung von Kostentreibern im Woh-

nungsbau stark gemacht.

„Mit dem Grand Prix Coronati ausgezeichnet worden zu sein, freut und ehrt mich besonders, spiegelt aber auch die gedeihliche Zusammenarbeit mit den Bau-trägern und Bauausführenden wider, ohne die der gemeinnützige Wohnbau nicht denkbar wäre. Durch eine faire und offene Zusammenarbeit auf

Augenhöhe ist es uns – wie kaum einem anderen Bundesland in Österreich – gelungen mit einer kontinuierlichen Bauleistung leistbaren Wohnraum für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu schaffen. Die erhaltene Auszeichnung bestärkt mich darin, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen“, zeigt sich Landeshauptmann-Stv. Dr. Haimbuchner erfreut.



Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner (li.) erhielt den Coronati-Preis für eine erfolgreiche und faire freiheitliche Wohnbaupolitik in Oberösterreich verliehen.

Natura 2000

Schutzgebiete: Vertragsverletzungsverfahren eingestellt

Die Europäische Kommission hat das Verfahren gegen die Republik Österreich wegen behaupteter ungenügender Ausweisung von Natura 2000-Schutzgebieten eingestellt. Der oberösterreichische Weg des Aufeinander Zugehens hat sich als zielführend erwiesen und hat wieder einmal vorgezeigt, dass freiheitliche Politik mit Herz und Hausverstand Erfolg hat.

„Der Naturschutz in Oberösterreich hat seine Hausaufgaben rechtzeitig gemacht und wesentlich zu diesem Erfolg für die Natur und unsere Heimat beigetragen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Grundstückseigentümern, mit denen gemeinsam ein guter Weg gefunden werden konnte, um die entsprechenden Schutzgebiete nominieren zu können und bei den Mitarbeitern der Abteilung Naturschutz“, so Naturschutzreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner in einer ersten Reaktion.

Nicht zuletzt sei das in Oberösterreich einzigartige Fördermodell für diesen Erfolg ausschlaggebend gewesen. Dieses sieht für die Landwirte, deren Grund und Boden als Natura 2000 Schutzgebiet ausgewiesen wird, eine adäquate finanzielle Entschädigung für die eingeschränkte Nutzungsfähigkeit vor.

Haimbuchner hebt den sachlichen und lösungsorientierten Dialog mit der Kommission lobend hervor und versichert, diesen bei der Umsetzung und fachlichen Begleitung der nominierten Natura 2000 – Schutzgebiete beibehalten zu wollen.



LH-Stv. Dr. Haimbuchner



Landwirtschaft als wichtiger Faktor für die heimische Ernährungssicherheit.

Bauern entlasten

Heimische Landwirtschaft wirkungsvoll unterstützen

Beim Bundesparteitag in Graz stellte die FPÖ Landesgruppe Oberösterreich einen richtungsweisenden Antrag für die heimische Landwirtschaft. Demnach verpflichtet sich die FPÖ mit ihrer Politik für eine umfassende Entlastung der heimischen Landwirtschaft auf verschiedenen Ebenen einzutreten. Dazu zählen bürokratische Entlastungen u. a. bei Verordnungen und Gesetzen, aber auch finanzielle Maßnahmen, wie eine Überarbeitung der Einheitswertregelung oder der Beitragsgestaltung für die Sozialversicherung.

Die FPÖ legt mit diesem Antrag ein klares Bekenntnis zur österreichischen Landwirtschaft ab und anerkennt ausdrücklich die Arbeit unserer Bauern. Die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft. Darüber hinaus leisten unsere Bauern aber auch in zahlreichen anderen Gebieten unserer Gesellschaft Herausragendes: Im Umwelt- und Naturschutz ebenso, wie etwa in der Pflege unserer Kultur und unserer einzigartigen Kulturlandschaft. Dieses Bewusstsein auch in der Bevölkerung zu stärken, ist der Freiheitlichen Partei Österreichs ein wichtiges Anliegen.

Unsere heimische Landwirtschaft ist ein wichtiger Faktor für die Ernährungssicherheit und die Versorgung der Österreicher mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Unsere einmalige Kulturlandschaft und unsere gesunden Lebensmittel wären ohne unsere Bauern nicht denkbar. Auch in der

Kulturpflege und für den sozialen Zusammenhalt leisten unsere Landwirte in den dörflichen Strukturen einen wertvollen Beitrag. Diese Errungenschaften sind vor allem auf die kleinstrukturierte und oft auf Familienbetriebe gestützte Landwirtschaft zurückzuführen.

Doch unsere österreichische Landwirtschaft steht seit Jahren unter Druck. Seit dem EU-Beitritt 1995 hat sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe österreichweit um 32 Prozent verringert (seit 1960 sind es 60 Prozent weniger Betriebe). Bis zum Jahr 2025 prognostiziert die Landwirtschaftskammer Österreich einen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe um ein weiteres Drittel.

Die österreichische Politik ist in den nächsten Jahren gefordert, mit den möglichen Maßnahmen auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene gegenzusteuern, damit unsere Bauern auch weiterhin eine Zukunft haben.

LR Steinkellner: Positives Fazit für Tempo 140 auf der A1

Pilotprojekt von Norbert Hofer zeigt Verringerung der Unfälle mit Personenschaden, Verkürzung der Reisezeiten und keine Steigung der Umweltbelastung

„Die ersten Auswertungen der Tempo 140 Teststrecke zwischen dem Knoten Haid und Sattledt untermauern die Beibehaltung des teils harsch kritisierten Projekts“, ist Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner sicher.

Das seinerzeit unter Bundesminister a.D. Ing. Norbert Hofer initiierte Pilotprojekt wurde auf zwei Abschnitten der A1 Westautobahn realisiert. Die nun veröffentlichten, unabhängigen Gutachten zeigen eine positive Entwicklung. Was die Luftqualität betrifft, konnte an den Messtationen keine Erhöhung auf die Grenzwerte eruiert werden. Auch die Zunahme des Kohlendioxids und der Stickoxide liege bei geringfügigen 1 bis 2 Prozentpunkten. Ebenfalls positiv entwickelten sich die Unfallstatisti-

ken auf besagtem oberösterreichischen Autobahnabschnitt. Verglichen mit den vergangenen Jahren von 2014 bis 2017 sank die Unfallzahl von zuvor durchschnittlich 1,2 Unfällen auf 0,5. Alleine die vergangenen fünf Monate verliefen hier ohne Unfall mit Personenschäden. Auch in Niederösterreich gab es diese signifikante Entwicklung von durchschnittlich 4,6 Unfällen pro Monat. So wurde eine Verringerung auf 2,2 erzielt. Dennoch waren die Autofahrer um durchschnittlich zwei bis vier km/h schneller unterwegs und somit auch etwas schneller am Ziel.

„Die Ergebnisse des Pilotversuchs haben eine positive Auswirkung auf die Verkehrssicherheit. Das freut mich besonders“, so Steinkellner abschließend.



Unsere Feuerwehren im Sommereinsatz

In der ersten Jahreshälfte wurde eine Steigung von knapp 70 Prozent an Wald-, Wiesen-, und Flurbränden von den oö. Feuerwehren verzeichnet - 454 Brände wurden bekämpft und an die 100.190 Personalstunden aufgewendet.

„Die Feuerwehren sind eine unverzichtbare Stütze für die Sicherheit unserer Heimat. Darum bedanke ich mich bei unserem weltbesten Feuerwehrwesen und allen Helfern,“ so LR Wolfgang Klinger.



Besuchen Sie
Manfred Haimbuchner
in den sozialen Medien:

fb.com/manfredhaimbuchner
instagram/manfredhaimbuchner



Platz 1 bis 10:

Die Kandidaten der FPÖ Oberösterreich

NAbg. Dr. Susanne Fürst

1969, Rechtsanwältin, Linz

Dr. Susanne Fürst ist Rechtsanwältin aus Linz und tritt als **Spitzenkandidatin** der FPÖ Oberösterreich an. Sie sitzt seit 2017 für die Freiheitliche Partei im Nationalrat und ist seit 1999 als Rechtsanwältin in Wels tätig.



**NAbg. GR
Hermann Brückl, MA**
1968, Diplomrechtspfleger,
Andorf



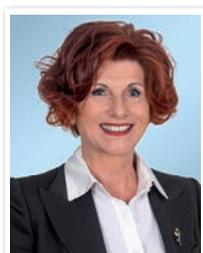
**NAbg. GV Mag. Pharm.
Gerhard Kaniak**
1979, Apotheker,
Schörfling



**BR Rosa
Ecker, MBA**
1969, Pflegemutter,
Saxen



**NAbg. Dipl. Ing.
Gerhard Deimek**
1963, Selbstständig,
Pfarrkirchen bei Bad Hall



**NAbg. Prim. Dr.
Brigitte Povysil**
1954, Radiologin a. D.,
Linz



**NAbg. Vzbgm.
Thomas Dim**
1964, kfm. Angestellter,
Ried im Innkreis



**LR Bgm. Ing.
Wolfgang Klinger**
1959, ehem. Unternehmer
Gaspoltshofen



**NAbg. Sandra
Wohlschlager**
1976, Angestellte,
Wels



**LABg. Ing.
Franz Graf**
1961, Landwirt,
Kematen an der Krems